

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Michael Burda

Eine wichtige Säule des amerikanischen
Beschäftigungserfolges: der Dienstleistungssektor

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunkt-Heft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Eine wichtige Säule des amerikanischen Beschäftigungserfolgs: der Dienstleistungssektor

Prof. Dr. Michael Burda, Humboldt-Universität Berlin

Herr Präsident Jagoda, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Meine Nürnberger Erfahrung

Die Ursprünge meiner Beziehung zum Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung liegen weit zurück. Vor mehr als einem Jahrzehnt befand ich mich als DAAD-Direktstipendiat in Nürnberg, um als Doktorand einige heiße, geheimgehaltene Daten der BA für meine Dissertationsforschungen zu akquirieren. Das Thema meiner Promotion war der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa und ich hatte Feuer im Bauch. Vor allem wollte ich wissen, aus der damaligen Perspektive der Mitt-80er, warum in Europa und insbesondere in Deutschland kein „Beschäftigungswunder“ stattgefunden hat. Denn es war genau diese Bezeichnung, welche der Ifo-Institut-Forscher Manfred Wegner damals für das Beschäftigungswachstum gemünzt hatte, das von 1970 bis 1985 in den Vereinigten Staaten stattgefunden hatte, und in Europa und vor allem in Deutschland ausgeblieben war. Diese sogenannte „Jobmaschine“ hatte in eineinhalb Jahrzehnten zuvor für mehr als 33 Millionen Arbeitsplätze gesorgt, verglichen mit 2,5 Millionen in OECD-Europa. Herrn Wegner vermutete bereits damals, daß diese Entwicklung auf das auffällig starke Wachstum in den Dienstleistungssektoren zurückzuführen sei. Aber waren das nur „MacJobs“, sprich schlecht bezahlte, nicht sozialversicherte Arbeitsplätze im Gastgewerbe, bei Leiharbeitsfirmen oder in Teilzeitbeschäftigungen? Oder waren es höherbezahlte Arbeitsplätze in Wachstumsbranchen wie Informatik, Unternehmensberatung, Finanz- und Versicherungsgewerbe, sowie Gesundheitswesen und Telekommunikation? Und vor allem, wie sah es in Deutschland mit der Dienstleistungsgesellschaft aus?

In Nürnberg habe ich eine überraschende Antwort erhalten. Ich bekam die Daten nicht, aber dafür ein interessantes Gespräch mit einem bekannten Mitarbeiter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Als ich an ihn mit meiner Frage zum Ausbleiben des Beschäftigungs- und Dienstleistungsbooms in Deutschland herantrat, erwiderte er, die Antwort sei verblüffend einfach. Die Dienstleistungsgesellschaft würde nie nach Deutschland kommen, sagte er. *Die Deutschen seien nicht dazu fähig, anderen zu dienen.* Man würde zu viel Wert auf Gleichheit und Menschenwürde legen, und es gebe zu wenig Beschäftigungsformen in den Dienstleistungsbranchen, die diesen Werten gerecht sind. Solange die Deutschen so seien, wie sie sind – und impliziert wird natürlich, daß alle Europäer so sind – würde es nie zu amerikanischen Zuständen kommen. Verblüffend einfach. Aber vielleicht auch schlicht und ergreifend falsch.

Der Einladung, Ihnen kurz über die Erfahrungen der USA vorzutragen, bin ich gerne nachgegangen, um einige Fakten in den Raum zu stellen sowie einige Mißverständnisse bzw. Vorurteile aus dem Weg zu räumen. Wegen der knappen Zeit möchte ich mich auf eine Facette des US-Beschäftigungswunders beschränken: die Rolle der Dienstleistungssektoren.

Das Beschäftigungswunder setzt sich fort und heißt Dienstleistungen

Erstens hat sich das Beschäftigungswunder in den USA eindeutig fortgesetzt: seit 1985 sind weitere 20 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Die Arbeitslosenquote in den USA hat sich über die letzten Konjunkturzyklen hinweg zurückgebildet und liegt derzeit stabil unter 5%. Die Erwerbsquote bleibt ebenfalls auf einem sehr hohen Niveau. Im Gegensatz dazu liegt die Arbeitslosenrate in Gesamtdeutschland derzeit über 11%, allerdings etwas niedriger nach ILO-Kriterien. Es ist jedoch kennzeichnend, daß bei jeder Rezession die ILO-Arbeitslosenquote die Höhe der vorangegangenen Rezessionen übertrifft; von Boom zu Boom pendelt sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland immer weiter nach oben ein.

Ein Schlüssel des US-Beschäftigungserfolgs muß die Dynamik der dienstleistenden Sektoren sein. Von den 53,3 Millionen neuen Jobs, die seit 1970 geschaffen wurden, sind etwa 95% in den Dienstleistungsbranchen entstanden und 90% davon im privaten Sektor. Darunter verstehen sich Arbeitsplätze im Groß- und Einzelhandel, im Transport und der Nachrichtenübermittlung, im Finanz-, Versicherungs- und Maklergewerbe, in persönlichen Dienstleistungen aller Art, nicht nur im Gastgewerbe, sondern auch in Bildung, Wissenschaft, Kultur sowie Gesundheit. Die Hauptträger der Beschäftigungsmaschine in den USA seit 1970 sind die Sektoren *Einzelhandel* (mit 10,6 Mio neuen Arbeitsplätzen) und hier vor allem der Mammut-Sektor *allgemeine Dienstleistungen* (25,5 Mio neue Arbeitsplätze oder fast 50% aller neuen Jobs in Dienstleistungen). Es sind im letzten Vierteljahrhundert mehr neue Arbeitsplätze in dieser Kategorie entstanden, als in Deutschland überhaupt existieren! Immerhin trug im selben Zeitraum der Bereich Finanz- und Versicherungswesen fast 10% des Gesamtzuwachses, das heißt, über 4,5 Mio Jobs. Selbst der *Staat* hat auch in dieser Periode zugelegt und ist für weitere 10% des gesamten Beschäftigungszuwachses verantwortlich, auch wenn der Abbau der Streitkräfte und des verwandten Personals 860.000 Arbeitsplätze vernichtet hat.

An diesem beeindruckenden Ergebnis wird allerdings immer wieder herumgörgelt. Vor allem wird häufig die undifferenzierte Kritik geäußert, daß eine Mehrzahl oder sogar fast alle Beschäftigten im US-Dienstleistungssektor zum Hungerlohn arbeiten, also zu dem gesetzlichen Mindestlohn von etwa 9 DM/Stunde. Diese Behauptung ist schlicht und ergreifend falsch, und ich möchte sie an dieser Stelle energisch zurückweisen. Bereits in diesem Jahr wurde diese These in einer Studie des Unternehmensberatungskonzerns McKinsey eindeutig widerlegt.

Die Verwirrung liegt darin, daß die Dienstleistungen durch eine große Vielfalt gekennzeichnet sind. Betrachtet man die US-Spitzenwachstumssektoren *Einzelhandel* und *allgemeine Dienstleistungen*, wo mehr als zwei Drittel der Dienstleistungsjobs entstanden sind, ist es fast unmöglich, allgemeine Aussagen über die höchst heterogene Zusammensetzung zu

treffen. Dies betrifft übrigens Deutschland genauso wie die USA. In der Klassifikation *allgemeine Dienstleistungen* werden sowohl *betriebsorientierte Dienste* (Werbung, EDV-Beratung und -Dienste, Buchführung, Gebäudeservice, Ingenieur- und Architekturbüros usw.) sowie *persönliche Dienstleistungen* (Gesundheitswesen, Anwaltskanzleien, Auto- und Kleingeräte-Reparatur, primäre, sekundäre und universitäre Ausbildung, sowie Sozialdienste) zusammengefaßt. Wegen dieser Vielfalt ist es fast unmöglich, von einem einzigen Dienstleistungslohn reden zu können. Vergleichbare Zahlen, die seit 1983 vorliegen, zeigen folgendes: Dienstleistung insgesamt zahlt in Amerika zwar 3.8% weniger pro Stunde als der wirtschaftsweite Durchschnittslohn und 11,3% weniger pro Stunde als die verarbeitende Industrie. Aber der Mittelwert verbirgt eine breite Varianz in den untergeordneten Sektoren. Im *Einzelhandel* wird beispielsweise etwa 33% weniger pro Stunde gezahlt, im *Großhandel* dafür 8.0 % mehr als der Dienstleistungsdurchschnitt. Die Arbeitsplätze im *Finanz-, Versicherungs- und Maklergewerbe* werden mit 6.3% pro Stunde über dem Durchschnitt vergütet. Im Sektor *Transport, Nachrichtenübermittlung und Versorgung* wird etwa 25% mehr gezahlt, daß heißt sogar 16% mehr als auf Arbeitsplätzen im begehrten Verarbeitenden Gewerbe. Überraschend ist, daß der Durchschnittslohn in der Riesenkategorie *allgemeine Dienstleistungen* fast exakt den Bundesdurchschnittslohn entspricht und damit 8.2% weniger als im Verarbeitenden Gewerbe. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß in dieser Kategorie wiederum eine große Vielfalt herrscht.

Die Schlußfolgerung ist, daß Pauschalstatements wie „alles schlecht bezahlt“ nicht zutreffen. Die sogenannten MacJobs – als Hamburger Flipper – sind verschwindend gering: selbst wenn man alle Vollzeitbeschäftigten der Berufsgruppe „Food Preparation and Service Occupations“ mit Ausnahme der professionellen Köche zu den MacJobs zählen würde – und das wäre großzügig –, käme man nur auf 1,6 Millionen Arbeitsplätze, also 1,8% aller US-Vollzeitbeschäftigten. Neue Studien haben außerdem gezeigt, daß nur 2-3% aller vollzeitbeschäftigten Amerikaner überhaupt zum Mindestlohn arbeiten. Bei denjenigen, für die der Mindestlohn relevant ist, handelt es sich meistens um teilzeitbeschäftigte Jugendliche oder Zweitverdiener im Haushalt, die gerade den Einstieg in das Erwerbsleben suchen oder einfach etwas zuverdienen möchten. Und wenn man gerade hört, daß in den letzten fünf Jahren die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland um 25% zugenommen haben, kann ich mir nicht vorstellen, daß es hierzulande viel anders ist. Man sieht bloß darüber hinweg.

Die Entwicklung ist nicht aufzuhalten: später wird die Anpassung noch schwieriger

Es geht aus meinen Ausführungen hervor, daß eine Zunahme der Lohndifferenzierung – die sogenannte Lohnspreizung – eine Begleiterscheinung der sich rapide entwickelnden Dienstleistungsgesellschaft ist. Es ist überhaupt eine nachgewiesene Begleiterscheinung des beschleunigten technischen Fortschritts und der Globalisierung. Die Rolle des Wandels hin zu Dienstleistungen läßt sich in zahlreichen Studien durch die Erfahrungen der Länder bestätigen, die am meisten vom Dienstleistungsboom profitiert haben: die USA, Kanada, Australien und Großbritannien. Die damit verbundene Einkommensungleichheit wird hierzulande oft als Grund genannt, die Dienstleistungsgesellschaft abzulehnen.

Gleichwohl ist der Gedanke, diese Entwicklung zu verlangsamen oder sogar zu stoppen, wirtschaftspolitisch ge-

fährlich. Vor einem halben Jahrhundert haben die Wirtschaftswissenschaftler Colin Clark und Jean Fourastié die Hypothese aufgestellt, daß es drei Phasen der Wirtschaftsentwicklung gibt: In der *primären* Phase liegt der größte Anteil der wirtschaftlichen Aktivitäten in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. Die darauffolgende *sekundäre* Phase wird durch die Industrialisierung und die wachsenden tayloristischen Produktionsprozesse gekennzeichnet. Die postindustrielle Ära wird ganz andere Fähigkeiten fordern: Flexibilität, Vielfalt, kommunikative Fertigkeiten, Kundenfreundlichkeit und Sprachkenntnisse werden belohnt; körperliche Kraft, handwerkliche Fähigkeiten und Fließbandzuverlässigkeit werden abgewertet. Akzeptiert man diese Hypothese, dann heißt das: die reichen Länder befinden sich derzeit in der postindustriellen Gesellschaft, und das vielleicht bereits seit zwei Jahrzehnten. Hinzu kommt die Globalisierung, daß die sogenannte Dritte Welt – vielleicht nun eher als zweite Welt zu bezeichnen – gerade in die Industrialisierung eintritt. Mit ihren hauptsächlich kostenbedingten Wettbewerbsvorteilen wird das voranschreitende Wachstum von Entwicklungsländern manche Industrien der reichen Länder verdrängen. Diese Konsequenz ist kaum aufzuhalten, sie kann nur verlangsamt werden, mit der Folge, daß die aufgeschobene Anpassung noch schmerzhafter sein wird und eine immer schwerer zu beseitigende Arbeitslosigkeit entsteht.

Die Dienstleistungsgesellschaft bietet den fortgeschrittenen Industrieländern einen Ausweg aus der Beschäftigungskrise. Dienstleistungsjobs bieten mehr menschlichen Kontakt, mehr Flexibilität und mehr Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit. Sie sind frauenfreundlicher – sie ermöglichen den Einstieg ins Erwerbsleben für Millionen von Frauen, die unter dem Mangel an flexiblen Beschäftigungsformen gelitten haben. Dienstleistungsjobs sind auch unbeständiger und verlangen mehr Eigenverantwortung oder sogar Selbständigkeit, sind aber weniger kapitalintensiv und daher weniger risikobehaftet. In den neuen arbeits- und humankapitalintensiven Wachstumsbranchen wie Kinderbetreuung, Altersfürsorge, Gesundheitswesen, Sicherheitsdienste, betriebsorientierte und beratende Dienstleistungen findet man zukunftsorientierte Branchen, die eine würdevolle und anerkannte Stellung in der Gesellschaft eingenommen haben.

Was kann Deutschland davon lernen?

Wie weit ist Deutschland in dieser Hinsicht auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft? In den dienstleistenden Sektoren, wo die Amerikaner zwischen 1970 und 1994 rund 53 Millionen Arbeitsplätze geschaffen haben, waren es in Deutschland knapp 6,3 Millionen, immerhin ein Wachstum von 57,3%. Während etwa 61% der deutschen Erwerbstätigen bei der Erbringung von Dienstleistungen ihr tägliches Brot verdienen, sind es in den USA fast 80%. Die Tendenz in den USA, viele fremde Dienstleistungen aus den Betrieben auszulagern, kann nur einen Bruchteil von diesem Gefälle erklären.

Jedes Land muß sich der Herausforderung der postindustriellen Gesellschaft stellen, es kann nicht herumgeredet, noch kann sie aufgehalten werden. Ein Umdenken muß in den Führungsetagen der Unternehmen, in den Gewerkschaften und in den Behörden stattfinden. Der Markteintritt ist leichter für einen Dienstleistenden, und daher ist mehr Konkurrenz auf dem Markt. Die Gewerkschaften befürchten, daß die Solidarität unter den Arbeitnehmern, in einer Welt mit vielen Teilzeitarbeitern in neuen Berufen, kaputt gehen wird. Die Standardisierung der dienstleistenden Berufe wird sicher noch einige Jahrzehnte dauern und bis dahin werden sicher-

lich Mitgliederverluste auftreten. Aber langfristig ist eine gewerkschaftliche Organisation der Mitarbeiter in den Dienstleistungsbranchen durchaus plausibel, wie beispielsweise im Falle Schwedens.

Schließlich ist ein Umdenken gefordert, vor allem vom Merkantilismus weg, der behauptet, daß das wirtschaftliche Überleben eines Landes eine produzierende Industrie voraussetzt. Die Einstellung, daß Dienstleistung kein Wert ist, kann in der

Diskussion über die Ladenschlußzeiten wiedergefunden werden. Dienstleistungen können erheblich zur Qualität des Lebens beitragen, und mit einer alternden Bevölkerung wird die Nachfrage nach menschenintensiven Dienstleistungen weiter steigen. Politiker sind gefragt, eine Politik zu entwickeln, um mögliche soziale Härten von niedrig bezahlten Jobs abzumildern, aber nicht zu verhindern, daß die Jobs entstehen und Menschen den gesellschaftlichen Anschluß finden, den die Arbeit für unsere Gesellschaft bedeutet.